

# „Verkratert statt gespalten“ – Von der Politisierung neuer Konfliktstrukturen in der Gegenwartsgesellschaft

Über: Mau/Lux/Westheuser (2023), „Triggerpunkte“

Delia Zollinger

Ist die deutsche Gesellschaft „gespalten“ in zwei Lager, die sich feindlich gegenüberstehen? Können wir von einem umfassenden „Kulturkampf“ sprechen, in dem zwei Großgruppen diametral entgegengesetzte Positionen zu Migrations-, Gleichstellungs-, oder Klimafragen beziehen? An solchen Spaltungsdiskussionen richten die Berliner Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser ihr neues Buch „Triggerpunkte“ aus. Sie scheinen erst einmal Entwarnung zu geben: Sie beschreiben eine „zerklüftete, verkraterte Konfliktlandschaft“, die sich kaum mit einer einfachen Zwei-Lager-Logik beschreiben lasse (S.395). Mit dieser Aussage stützen sich die Autoren auf Analysematerial von beeindruckender Breite sowie Tiefe, das sie über ca. 400 Seiten verdaubar aufbereiten und zugleich bildhaft vermitteln. Das Versprechen einer differenzierten Kartierung der deutschen Meinungslandschaft über vier „Ungleichheitsarenen“ (Oben-Unten, Innen-Aussen, Wir-Sie, und Heute-Morgen) anhand einer neuen Umfrage sowie Fokusgruppen löst das Autorenteam mehr als ein. Mit der Kombination von quantitativen Umfragedaten und qualitativen „Diskussions“-Daten hebt sich das Buch von der einschlägigen Forschungsliteratur ab. Es wird aber auch gerade dadurch zu einem äußerst aufschlussreichen und an öffentliche sowie alltägliche Diskussionen anschlussfähigen Leserlebnis. Das betrifft insbesondere die Identifizierung von gesellschaftlichen „Triggerpunkten“, an denen Konsens in emotionalisierten Dissens umschlägt, und die dem Buch ihren Namen geben.



**Dr. Delia Zollinger**

Postdoktorandin am Lehrstuhl für Schweizer Politik und Vergleichende Politische Ökonomie, Universität Zürich

*Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser*  
Triggerpunkte.

Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft  
(2023), Berlin: Suhrkamp



Als reines Entwarnungsbuch will „*Triggerpunkte*“ aber nicht gelesen werden. Das wäre nicht zuletzt deshalb irreführend, weil die Autoren gleich zu mehreren Debatten über die Veränderung des politischen Raums in Deutschland und Westeuropa sprechen. Mit Blick auf die im Buch präsentierte empirische Evidenz scheint besonders die Unterscheidung zweier solcher Debatten wichtig. Diese sind sowohl in der Wissenschaft als auch im öffentlichen Raum eng verstrickt aber keineswegs identisch. Die erste Debatte dreht sich um die eingangs aufgeworfene Frage der Spaltung, also um das Auseinanderdriften oder -klaffen breiter Bevölkerungsgruppen. Hier stellen sich Mau, Lux und Westheuser dezidiert gegen eine zugespitzte Polarisierungsthese. Die zweite Debatte dreht sich darum, ob und inwiefern sich die Konfliktstrukturen entwickelter Demokratien derzeit grundlegend wandeln, wobei lange prägende Konflikte, in denen etablierte Parteien ihre historischen Wurzeln haben, verblassen und gleichzeitig ein oder mehrere neue Konflikte entstehen. Letztere Konflikte (etwa um Gleichstellung oder Migration), so die diskutierte These, sind klar in der postindustriellen Gesellschaftsstruktur verankert und werden zunehmend von links-progressiven/grünen Parteien einerseits und rechtsnationalen Parteien andererseits mobilisiert. Auch bezüglich dieser zweiten These warnen die Autoren im Falle Deutschlands nachdrücklich vor voreiligen Schlüssen. Gleichzeitig weisen ihre Analysen auf ähnlich fundamentale Neustrukturierungsprozesse hin, die auch in anderen westeuropäischen Ländern beobachtbar sind. Die Autoren räumen auch ein, dass ihre Untersuchungen auf mögliche (Mega-)Konflikte im Werden hindeuten. Aber betrachten wir den Beitrag des Buchs zu diesen beiden Debatten der Reihe nach.

Besonders breit rezipiert wird derzeit die Antwort der drei Soziologen auf weitverbreitete Spaltungsdiagnosen. Über die vier erwähnten „Ungleichheitsarenen“ (zu sozioökonomischen Verteilungskonflikten, Kontroversen um Migration, identitätspolitischen Anerkennungskonflikten und umweltpolitischen Auseinandersetzungen) belegt das Buch, wie in vielen Sachfragen weitgehend Einigkeit besteht. So unterstützt etwa das Gros der Bevölkerung gesteuerte Zuwanderung, erkennt Toleranz und Nichtdiskriminierung als zentrale Werte an, und betrachtet den Klimaschutz als dringliche Aufgabe. Die Autoren identifizieren also eine breite, „wenig ideologisierte“ Mitte, die in medial hitzig geführten Diskussionen um neue Kulturkämpfe vergessen gehe. Die deutsche Gesellschaft gleiche demnach eher einem Dromedar als einem Kamel „mit zwei steil aufragenden Höckern“, so das wiederholt zitierte Bild. Dieser „argumentative Reibebaum“ (S.20) einer Zwei-Welten-Theorie setzt aus Sicht der politikwissenschaftlichen Meinungsforschung die Messlatte etwas gar hoch an, denn auseinanderklaffende, bimodale Einstellungsmuster sind sogar zwischen mobilisierten Parteiwählerschaften kaum zu finden. Das Bild soll hier aber der Schärfung der Debatte dienen.

Die klare Verneinung der Polarisierungsdiagnose kann als wichtige Korrektur eines teilweise aus den USA importierten öffentlichen Diskurses betrachtet werden, der Polarisierung per se auch schnell mal als Problem oder sogar Bedrohung für die Demokratie darstellt. Da ist einerseits die Relativierung wichtig, die Mau und Koautoren für Deutschland in den Vordergrund stellen (diejenige einer breiten Mitte und des Konsenses in vielen Fragen). Andererseits macht gerade das besprochene qualitative Forschungsmaterial deutlich, dass sich Konflikt eben genau dann entzündet, wenn

im Zuge gesellschaftlicher Veränderung vermeintlich Etabliertes (immer wieder) neu verhandelt werden muss. Wenn Verteilungsfragen im Kontext von Klimaschutzmaßnahmen „triggern“ oder bei bestimmten Bevölkerungsgruppen tiefes Unbehagen mit gesellschaftlichen Veränderungen zutage tritt, dann sind das nicht etwa Nebenschauplätze, sondern Fragen, welche die moderne Gesellschaft vor wichtige Herausforderungen stellen. Sie prägen die Politikgestaltung und haben reale gesellschaftliche Konsequenzen. Auch wenn Extrempositionen selten auftauchen, wie die Autoren zeigen, weisen „Ja, aber...“ und „Nein, aber...“-Diskursfiguren in Inklusionsfragen auf nicht vernachlässigbare gesellschaftliche Konfliktpotenziale hin. Das betrifft auch im Buch dokumentierte subtile aber aus Policy-Making-Sicht zentrale Grenzen der Toleranz gegenüber Minderheiten. Diese konkretisieren sich etwa bei wahrgenommenen Verstößen gegen konventionelle Grenzen des „Normalen“ im öffentlichen Raum. Solche Sollbruchstellen arbeiten die Autoren in Gesprächen mit Wählergruppen auf eindrückliche und innovative Weise heraus. Deren gesellschaftliche Relevanz läuft aber manchmal Gefahr, vom prominenten Hinweis auf mediale und politische Entfachung „von oben“ übertüncht zu werden. Die Politisierung solcher Spannungen ist aus demokratietheoretischer Sicht wichtig und richtig. Aus dieser Perspektive ist es auch bis zu einem gewissen Grad verständlich, dass der mediale und politische Diskurs den gesellschaftlichen Konsens weitgehend ausklammert und in Veränderungsprozessen die Grenzen dieses Konsenses sucht.

Hinweise auf neue gesellschaftliche Spannungen bringen uns zur zweiten Debatte, nämlich zur Frage nach einer Neuordnung der wichtigsten Konfliktstrukturen in der politischen Landschaft Deutschlands. Hier steht nicht das Ausmaß einer (bimodalen) sozialen Spaltung im Vordergrund. Es geht vielmehr darum, ob im Parteiensystem neue Konflikte Ausdruck finden, die eine gesellschaftliche Grundlage oder „Strukturierung“ aufweisen. Mau, Lux und Westheuser beziehen sich hier auf Forschung in der sogenannten „Cleavage“-Tradition, nach der etwa der traditionelle Klassenkonflikt mit dem Strukturwandel über Jahrzehnte an Relevanz eingebüßt hat, oder auch ein religiöser Konflikt mit der Säkularisierung. Damit verlieren etablierte Parteifamilien wie die Sozialdemokratie oder die Christdemokratie allmählich europaweit ihre alte soziale Verankerung. Wichtig ist, dass bei der Frage nach Neustrukturierung die Messlatte eine andere ist als bei der Spaltungsdiskussion. Die Besprechung dieser zweiten Messlatte fällt im Buch allerdings angesichts des Leitmotivs Spaltung weniger ausführlich und prominent aus. Um aktuelle Konflikte einzuordnen, könnte man etwa berücksichtigen, dass auch historische Großkonflikte wie diejenigen um das Verhältnis von Kirche und Staat oder der „Klassenkampf“ kaum je die Gesellschaft vollständig in ihren Bann zogen und in zwei Großlager aufteilten. Auch damals konnte nicht von einer „Kamelgesellschaft“ die Rede sein. Die Mitglieder der Arbeiterschaft haben zum Beispiel nie geschlossen sozialdemokratisch gewählt, auch wenn diese in der sozialdemokratischen Wählerschaft übervertreten waren. Trotz solcher Unschärfen betrachten wir diese Konfliktlinien als jahrzehntelang absolut prägend für gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Politik.

Die Autoren identifizieren für Deutschland sehr wohl sozialstrukturierte und politisch mobilisierte neue Konflikte: Die Wählerschaften der AfD und der Grünen, aber eben auch einfacher gebildete Mitglieder der industriellen Arbeiterschaft einer-

seits und Angehörige der akademischen Mittelklasse andererseits, liegen im Schnitt am weitesten auseinander in den „neueren“ Ungleichheitsarenen bezüglich Migration, Sexualität und Klima. Diese neue Konfliktlogik steht quer zur „älteren“ Oben-Unten Arena, die auch heute noch durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit strukturiert ist, wenn auch in schwächerem Ausmaß. Die vergleichende politikwissenschaftliche Forschung erklärt solche Muster mit weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen, darunter das steigende Bildungsniveau der Bevölkerung, der Wandel der Beschäftigungsstruktur oder die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen. Diese Entwicklungen bringen neue politische Themen auf die Agenda, die nicht so einfach in etablierte Konfliktstrukturen um Umverteilung und Staatsintervention passen. Sie schaffen damit Mobilisierungspotenziale für neulinke/grüne und rechtsradikale Parteien. Die einschlägige Forschung fasst Auseinandersetzungen um Migration, Gleichstellung, LGBTQ+-Rechte, oder Umweltschutz und Klimawandel in diesem Zusammenhang üblicherweise zu einer einzigen gesellschaftspolitischen Konfliktlinie zusammen. Genau so, nämlich als Evidenz für eine übergeordnete Konfliktodynamik, könnte man die Evidenz in „Triggerpunkte“ auch lesen. Die Autoren selbst warnen davor und weisen auf je unterschiedliche Logiken in den Innen-Aussen-, Wir-Sie-, und Heute-Morgen-Arenen hin.

Gleichzeitig erkennen Mau, Lux und Westheuser die Möglichkeit eines zukünftigen Fusionierens der neueren Ungleichheitsarenen an. Sie weisen zum Beispiel darauf hin, dass Einstellungen zu Migration und Klima in Zukunft enger verknüpft werden könnten. Ein solches Szenario von zunehmender Bündelung gesellschaftspolitischer Konflikte und einer stärkeren Ausrichtung bestimmter Bevölkerungsgruppen an diesen neueren Konflikten scheint auch möglich oder sogar realistisch, wenn wir eine ländervergleichende Perspektive einnehmen. Den Anspruch eines Vergleichs erhebt das Buch nicht. Es ist aber eindrucklich, wie sehr sich die Befunde in bekannte Muster etwa aus Frankreich oder der Schweiz einreihen. In anderen Ländern ist die Brandmauer gegenüber Rechtsaußenparteien längst gefallen, beziehungsweise es gab sie gar nie im gleichen Ausmaß wie in Deutschland. Anderswo findet auch am rechten politischen Rand (zusätzlich zum linken) bereits seit Jahrzehnten eine politische Verknüpfung von Sachfragen statt, wie sie die Autoren in Deutschland nun ansatzweise beobachten. Auch deshalb gilt Deutschland in der internationalen Forschung als Nachzügler, was diese Veränderungen des politischen Raums betrifft.

Aus vergleichender Perspektive spannend ist zudem, wie das Autorenteam breite Teile der deutschen Wählerschaft als politisch relativ entwurzelt beschreibt: Zum Beispiel können sich heute viele CDU/CSU-Wählende vorstellen, auch mal SPD zu wählen, und umgekehrt (S. 364-66). In der vergleichenden Politikwissenschaft wird diese Art Destrukturierung mittlerweile häufig als Vorstufe in einem Prozess der Restrukturierung betrachtet. Ein Extrembeispiel bietet das Nachbarland Schweiz, in dem sich über die letzten Jahrzehnte überlappende Wählerpotenziale (das heißt, man kann sich vorstellen, verschiedene Parteien zu wählen) zwischen den politischen Lagern stark ausdifferenziert haben, und zwar um die Pole einer gesellschaftsprogressiven Linken und einer ungewöhnlich starken Rechtsaußenpartei. Davon ist Deutschland (noch) weit entfernt, wie „Triggerpunkte“ zeigt. Ähnliche Tendenzen wie anderswo in Westeuropa sind aber deutlich festzumachen.

Wenn man die Debatte um die Neustrukturierung politischer Konflikte als Ausgangspunkt nimmt, zusätzlich zur im Buch noch prominenteren Spaltungsdiskussion, rückt auch die Aktivierung politischer Auseinandersetzung „von oben“ (durch politische Eliten und Medien) in ein leicht anderes Licht. Die Autoren heben die Rolle einer veränderten Medienlandschaft und -logik in der Erzeugung von Spaltungsgefühlen hervor, ebenso wie die Relevanz radikalisierter „Polarisierungsunternehmer“, die Auseinandersetzungen anfachen und daraus Kapital schlagen (S. 375). Solche Akteure sind aber aus Sicht der Neustrukturierungs- oder (im Fachjargon) „Cleavage“-Debatte, zu der die Autoren ebenfalls sprechen, nichts Neues und auch nicht per se negativ zu bewerten. Der Mobilisierung wichtiger gesellschaftlicher Konfliktpotenziale „von oben“ durch politische Akteure kommt da seit jeher eine zentrale Rolle zu. Zugespitzt steht dann weniger die Vorstellung eines künstlichen Anheizens und Aufblasens im Vordergrund und stattdessen eher die einer Artikulierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen. Letztere kann über emotionalisierte Chiffren verlaufen, wie sie die Autoren beschreiben.

Um wieder einen Vergleich zu liefern: Der traditionelle Klassenkonflikt fand im 20. Jahrhundert nicht automatisch politischen und immer nüchtern sachlichen Ausdruck, sondern die industrielle Arbeiterschaft musste mobilisiert, organisiert, und – auch emotional! – aktiviert werden. Diese Sichtweise einer notwendigen Mobilisierung sprechen die Autoren zwar wiederholt an, sie geht aber tendenziell unter in der pointierten Gegenposition zur gesellschaftlichen Spaltungsdiagnose. So betonen die Autoren insbesondere, dass die Politisierung in den neuen Ungleichheitsarenen nicht über die Mitte der Gesellschaft stattfindet, sondern „über die Ränder“, sowohl auf reaktionärer wie auf progressiver Seite (S. 372). Gleichzeitig beobachten sie in der „alten“ Oben-Unten Arena zwar ein weitverbreitetes Unbehagen mit sozioökonomischer Ungleichheit, aber auch Demobilisierung und „politische Stilllegung“ (S. 72). Wenn politische Akteure „Erregungszustände in politische Schwungmasse“ verwandeln (S.376), mag das also zu Spaltungsgefühlen beitragen. Es ist aber auch Voraussetzung dafür, dass Ungleichheiten sichtbar werden, neue Ansprüche überhaupt erhoben und politisch verhandelt werden.

„Triggerpunkte“ zeichnet die Meinungslandschaft in Deutschland auf ungewöhnlich ambitionierte, gründliche und differenzierte Weise nach. Die Autoren zeigen beispielhaft, wie wissenschaftliche Diagnosen von Konflikt und Politisierung so besprochen werden können, dass sie nicht zu einem überhöhten und reduktionistischen öffentlichen Polarisierungsdiskurs beitragen. Entsprechend wird das Buch zweifellos als wichtiges Gegenstück zu vereinfachten Spaltungs- und Kulturkampfdiagnosen wahrgenommen. Es zeichnet sich aber eben auch durch sorgfältig aufbereitete Evidenz für einen Wandel der deutschen Politik aus, von dem wir begründet vermuten können, dass er in vollem Gange ist.